

## **N i e d e r s c h r i f t**

über die 28. Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
am Donnerstag, den 26.02.2009 (öffentlicher Teil)

---

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr  
Sitzungsende: 20:00 Uhr  
Ort: Landratsamt Saale-Orla-Kreis, Neubau, Raum 237 - Nord,  
Oschitzer Str. 4, 07907 Schleiz,

### **Anwesenheit:**

Anwesend: Vorsitzende/r  
Wippert, Klaus

Ausschussmitglieder  
Anders, Karsten  
Fritzsche, Roswitha  
Gruhner, Stefan  
Möcker, Karl  
Möller, Klaus  
Rosenberger, Jürgen Vertretung für Herrn Christian Müller  
Weber, Ulrich  
Zimmermann, Sebastian

Beratende Mitglieder  
Kalbe, Jürgen  
Schellenberger, Christoph

Mitarbeiter der Kreisverwaltung  
Henze-Rippin, Gabriele  
Krasser, Ines  
Nitsch, Michael  
Ulitzsch, Dietmar

Entschuldigt: Ausschussmitglieder  
Roßner, Frank  
Bachmann, Steffen - krank  
Müller, Christian

Beratende Mitglieder  
Grimm, Sabine  
Marufke, Dieter

Schriftführerin: Christine Wohlfarth

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 13.11.2008
2. 2. Förderpriorität - Förderung von Jugendverbänden und -vereinen, Jugendgruppen und -initiativen gemäß § 74 SGB VIII  
Vorlage: J/005/2009
3. 3. Förderpriorität - Förderung von Jugendverbänden und -vereinen, Jugendgruppen und -initiativen gemäß § 74 SGB VIII  
Vorlage: J/006/2009
4. Kreisjugendbericht 2007  
Vorlage: IV/004/2009
5. Auswertung der Projekte im Rahmen der Richtlinie "Örtliche Jugendförderung" 2008 - Frühwarnsystem, Schulverweigerungsprojekt, ambulante Maßnahmen für straffällige junge Menschen
6. Vergabe von Maßnahmen für das Jahr 2009 im Rahmen der Richtlinie "Örtliche Jugendförderung"  
Vorlage: J/007/2009
7. Beratung zum Antrag der CDU-Fraktion Nr. 41/2008 - Erweiterung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit auf die Regelschulen und Gymnasien des Saale-Orla-Kreises
8. Sonstiges

Klaus Wippert eröffnet die 28. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

**Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 13.11.2008**

Herr Möller fragt an, inwieweit die Verhandlungen mit der Stadt Schleiz, letzte Seite des Protokolls, fortgeschritten sind?

Herr Wippert äußert, dass ein Gespräch zwischen der Stadt Schleiz, der VS und seiner Person stattgefunden hat aber es noch zu früh ist, hier ein Ergebnis zu nennen.

Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises fasst mit

**7 Ja-Stimmen und  
2 Stimmenthaltungen**

nachfolgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises genehmigt die Niederschrift über die 27. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 13.11.2008.“

**Beschluss-Nr.: J 94-28/2009**

**Zu TOP 2 2. Förderpriorität - Förderung von Jugendverbänden und -vereinen, Jugendgruppen und -initiativen gemäß § 74 SGB VIII**  
**Vorlage: J/005/2009**

Aus dem Sachverhalt der Vorlage ist zu entnehmen, dass eine Fördersumme in Höhe von nur 20.000,00 Euro zur Verfügung steht. 7 Träger haben einen Antrag gestellt. Die Antragssumme beträgt 30.713,00 Euro. Die Förderung der Kirchgemeinde Knau konnte nicht berücksichtigt werden, da der Jugendraum in der Begegnungsstätte geschlossen ist. 20.000,00 Euro könnten zukünftig nicht mehr ausreichend sein.

Herr Gruhner fragt nach, falls die Mittel bewilligt werden, könnte dann der Jugendraum Knau weiter geöffnet bleiben?

Frau Henze-Rippin stellt klar, dass der Superintendent es ablehnt, dass die Pastorin die Aufsicht über den Jugendraum ausübt, also bleibt er geschlossen, geschlossene Jugendräume werden nicht gefördert.

Herr Möller macht deutlich, dass für die nächste Planung des Haushaltes mehr Mittel für diese Maßnahme einzuplanen sind und zwar in beiden Förderprioritäten.

Herr Gruhner unterstützt den Vorschlag von Herrn Möller.

Herr Wippert registriert den Vorschlag, gibt aber zu bedenken, dass, wenn wir hier mehr finanzielle Mittel beantragen, diese woanders eingespart werden müssen. Dies wird aber voraussichtlich ein anderes Gremium beschließen, aber die Anregung hierzu ist sehr gut.

Herr Anders ist der Meinung, dass dem Kreisjugendring nur die Gelder für die laufenden Geschäfte zur Verfügung standen, es wurden keine inhaltlichen Maßnahmen finanziert. Das CJD Oppurg wurde dagegen komplett finanziert.

Frau Henze-Rippin gibt dazu eine Erläuterung ab.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, verliert Herr Wippert den Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss fasst mit

7 Ja-Stimmen und  
2 Stimmenthaltungen

nachfolgenden Beschluss:

**Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises beschließt, dass in der 2. Förderpriorität Einrichtungen der offenen Jugendarbeit anerkannter freier Träger der Jugendhilfe mit einem Gesamtzuschuss in Höhe von 20.000,00 Euro laut § 74 SGB VIII, gemäß der beigefügten Anlage, gefördert werden,**

**Beschluss-Nr.: J 95-28/2009**

**Zu TOP 3 3. Förderpriorität - Förderung von Jugendverbänden und -vereinen, Jugendgruppen und -initiativen gemäß § 74 SGB VIII**  
**Vorlage: J/006/2009**

Frau Henze-Rippin erläutert die Vorlage.

Zum Tagesordnungspunkt 3 gibt es keine Anfragen. Herr Wippert verliest den Beschlussvorschlag und bittet um Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss fasst **einstimmig** nachfolgenden Beschluss:

**„Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises beschließt, dass in der 3. Förderpriorität Einrichtungen der offenen Jugendarbeit sonstiger Träger der Jugendhilfe mit einem Gesamtzuschuss in Höhe von 5.000,00 Euro laut § 74 SGB VIII, gemäß der beige-fügten Anlage, gefördert werden.“**

**Beschluss-Nr.: J 96-28/2009**

**Zu TOP 4 Kreisjugendbericht 2007**  
**Vorlage: IV/004/2009**

Herr Ulitzsich erläutert den vorliegenden Kreisjugendbericht.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Möller, Herr Wippert, Frau Fritsche, Herr Kalbe, Herr Gruhner, Herr Anders, Herr Schellenberger, Herr Rosenberger, Herr Nitsch.

Themen waren u.a.:

- in welchem Verhältnis stehen die Ausgaben zu den Rückzahlungen des Unterhaltsvorschlusses;
- welche Maßnahmen wurden ergriffen um den Schulabsentismus zu reduzieren;
- wie erklärt sich der Anstieg der Rauschgiftdelikte in der Stadt Schleiz;  
Herr Ulitzsich wird beauftragt, die Ursachen für den Anstieg der Delikte im nächsten Kreisjugendbericht deutlich aufzuzeigen.
- die Arbeit mit den Trägern sollte etwas mehr in den Mittelpunkt des Berichtes gerückt werden;
- welche Ursachen gibt es für den erhöhten Anstieg der Straftatdelikte im Oberland;
- es wäre gut, wenn die statistischen Erhebungen im Kreisjugendbericht schneller zur Verfügung stehen könnten, eventuell schon Mitte des Jahres;
- die demographische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sollte in diesem Bericht deutlich hervorgehoben werden;
- es ist zu wünschen, dass der Inhalt des Berichtes mehr über die Verbände aussagen würde. Z.B. könnten gemeinsam mit dem Kreisjugendring Gespräche zwecks Einschätzung der einzelnen Verbände vorgenommen werden.
- Herr Schellenberger schlägt vor, die Meinung der Jugendarbeiter vor Ort sollte zur Erarbeitung des Berichtes mit herangezogen werden.

Herr Wippert stimmt dem Anliegen des Herrn Schellenbergers zu, bittet aber Herr Schellenberger, dass er im gegenseitigen Einvernehmen auch auf das Jugendamt zugehen sollte. Herr Wippert schlägt vor, zu dem Punkt Extremismus und rechtsorientiertes Klientel einen kompetenten Gesprächspartner z.B. von der Polizeidirektion zur Erläuterung einzuladen. Dieser Vorschlag erhält allgemeine Zustimmung.

#### **Zu TOP 5 Auswertung der Projekte im Rahmen der Richtlinie "Örtliche Jugendförderung" 2008 - Frühwarnsystem, Schulverweigerungsprojekt, ambulante Maßnahmen für straffällige junge Menschen**

Frau Krasser informiert, dass die Träger, die die Maßnahmen begleiten, in der heutigen Sitzung einen kurzen Tätigkeitsbericht über ihre bisher geleistete Arbeit abgeben werden.

Frau Maskulus und Frau Röhmer vom DRK beginnen mit ihrem Bericht in Form einer Power-Point Präsentation.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Schellenberger, Frau Krasser, Herr Zimmermann, Herr Wippert, Herr Kalbe, Frau Lemmrich, Herr Möller.

Fragen wie:

- woher bekommen die Mitarbeiter die Namen der Neugeborenen;
- bleibt dabei der Datenschutz gewährt;
- werden die Eltern, die beim Erstbesuch nicht angetroffen werden nochmals aufgesucht;
- wie erfolgt die Nutzung des Netzwerkes?

Herr Wippert unterstreicht die Wichtigkeit des Frühwarnsystems. Die Zusammenarbeit in Verbindung mit den Trägern die im Netzwerk verankert sind, sollte schnellstens nochmals angegangen werden.

Herr Lorenz AWO Sozialmanagement, stellt die bisherigen Ergebnisse und Tätigkeiten im Projekt „Schulverweigerer“, welches im Kinderheim Burgk durchgeführt wird, dar. Zur Zeit wird mit einem Klienten in diesem Projekt gearbeitet.

Herr Wippert äußert, dass doch im Vorfeld eine große Zahl von Schulverweigerern genannt wurde. Ist es möglich, dass dieses Projekt in den Schulen noch zuwenig bekannt ist.

Frau Reller Blitz e.V. erläutert das Projekt „Betreuungsweisung“.

Auch in diesem Projekt wird zur Zeit nur 1 Klient betreut, obwohl der Bedarf statisch gesehen sehr hoch ist. Die Zusammenarbeit zwischen den Richtern und den Staatsanwälten läuft aber noch nicht so gut. Es wäre wünschenswert, wenn wir mit unseren Erkenntnissen eine Lobby gemeinsam mit Staatsanwalt und Richter schaffen könnten. Nur dann würde das Projekt erfolgreich funktionieren. So konnten z.B. in Pößneck bisher noch keine Absprachen getroffen werden, da der Richter Herr Kurz schon längere Zeit krank ist.

Herr Wippert ist der Meinung, dass die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel auch sinnvoll genutzt werden sollten. Über Veröffentlichungen in der Presse, Gespräche mit den Trägern vor Ort sollte man hier auf dieses Projekt aufmerksam machen.

Herr Wippert schlägt vor, die Ergebnisse dieses Projektes in angemessener Zeit wieder im Ausschuss vorzustellen.

Herr Anders fragt nach der Verfügbarkeit der restlichen Gelder.

Frau Krasser erklärt, dass diese Gelder bei entsprechendem Bedarf noch verwendet werden können.

Herr Möller fragt nach, ob diese Gelder auch anderweitig einsetzbar sind.

Frau Krasser erklärt, dass dies Durchlaufgelder sind, die vom Land bereitgestellt werden und nur gemäß Richtlinie vergeben werden dürfen.

Herr Gruhner möchte wissen, ob diese finanziellen Mittel evtl. für die schulbezogene Jugendsozialarbeit einsetzbar wären. Er schlägt vor, diese Frage hier zu diskutieren, denn wir sollten uns darüber im klaren sein, was können wir ausgeben und was wollen wir erreichen. Wenn z.B. in dem Projekt ‚Schulverweigerer‘ nur 1 Jugendlicher erreicht wird und wir dafür 21.000,00 Euro ausgeben und an anderen Stellen gerungen wird, 2 Schulsozialarbeiter einzustellen, dann sollten wir uns darüber Gedanken machen.

Herr Wippert weist darauf hin, man sollte hieraus keine falschen Schlüsse ziehen. Aber es muss ein Verhältnis der Mittel zum Nutzen vorhanden sein. Nach 3 Monaten Laufzeit sollte man dieses Projekt nicht einfach abbrechen, sondern nachforschen, ob schon alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden.

Zu dem Projekt ‚Betreuungsweisung‘ müssen noch mehr Aktivitäten erfolgen.

Das Projekt ‚Frühförderung‘ ist bisher sehr gut angelaufen.

Zum Projekt ‚Schulverweigerer‘ sollte man hier nochmals darüber nachdenken wie hoch der Bedarf wirklich ist.

Herr Gruhner äußert seine Bedenken zum Projekt ‚Schulverweigerer‘. Er erklärt, dass er nicht damit einverstanden ist, wenn diese 21.000,00 Euro nur für einen maximal 2 Testpersonen ausgegeben wird.

Herr Zimmermann gibt zu bedenken, dass man diese Vorlage hier nicht so beschließen sollte.

Frau Krasser macht deutlich, dass diese 21.000,00 Euro für max. 6 Schulverweigerer gedacht sind. Frau Krasser erklärt, dass die Verwaltung mit dem jetzigen Stand auch nicht zufrieden ist, da die Schulen einen Rückzieher gemacht haben. Sie schlägt vor, dieses Projekt bis Schuljahresende weiterlaufen zu lassen.

Herr Wippert fragt nach, da es hier ja offensichtlich ein Missverhältnis in Bezug auf den Bedarf an diese Maßnahme gibt, welches Interesse haben die Lehrer an den Schulen das in diesem Sinne so zu steuern?

Herr Kalbe macht deutlich, dass ein Unterschied zwischen Schulverweigerern und Schulbummelei besteht.

Herr Rosenberger schlägt vor, aus der vorliegenden Beschlussvorlage 3 Beschlüsse zu formulieren.

**Zu TOP 6 Vergabe von Maßnahmen für das Jahr 2009 im Rahmen der Richtlinie  
"Örtliche Jugendförderung"**

**Vorlage: J/007/2009**

Herr Wippert stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, über die vorliegende Beschlussvorlage drei Einzelabstimmungen zu den einzelnen Maßnahmen vorzunehmen.

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird **einstimmig** bestätigt.

Herr Wippert verliest jeweils die einzelnen Beschlussvorschläge und es erfolgt die Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises beschließt **einstimmig** nachfolgenden Beschluss:

**Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises beschließt im Rahmen der Richtlinie ‚Örtliche Jugendförderung‘ für das Haushaltsjahr 2009 die Förderung der Maßnahme ‚Frühwarnsystem‘ – durchgeführt vom Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Saale-Orla e.V. in Höhe bis zu 49.000,00 Euro.“**

**Beschluss-Nr.: J 97-28/2009**

Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises beschließt **einstimmig** nachfolgenden Beschluss:

**Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises beschließt im Rahmen der Richtlinie ‚Örtliche Jugendförderung‘ für das Haushaltsjahr 2009 die Förderung des Schulverweigerungsprojektes, durchgeführt von der Arbeiterwohlfahrt Sozialmanagement gGmbH Saale-Orla-Kreis, bis zum Schuljahresende 2008/2009.“**

**Beschluss-Nr.: J 98-28/2009**

Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises beschließt mit

8 Ja-Stimmen und  
1 Stimmenthaltung

nachfolgenden Beschluss:

**„Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises beschließt im Rahmen der Richtlinie ‚Örtliche Jugendförderung‘ für das Haushaltsjahr 2009 die Förderung der ambulanten Maßnahme für straffällige junge Menschen – Betreuungsweisung – durchgeführt vom Bildungswerk Blitz e.V. in Höhe bis zu 15.000,00 Euro.**

**Beschluss-Nr.: J 99-28/2009**

**Zu TOP 7    Beratung zum Antrag der CDU-Fraktion Nr. 41/2008 - Erweiterung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit auf die Regelschulen und Gymnasien des Saale-Orla-Kreises**

Herr Wippert bittet die Anwesenden um ihre Meinung zu o.g. Antrag.

Frau Fritsche befürwortet den Antrag, stellt aber gleich die Frage nach der Finanzierung.

Herr Möller macht den Vorschlag, den Landrat zu beauftragen, gemeinsam mit der Verwaltung des Jugendamtes hierzu Lösungen zu suchen.

Herr Schellenberger äußert, dass diesem Antrag ja ein Bedarf zugrundegelegt wurde. Es wäre wichtig zu wissen, wo der Bedarf liege.

Herr Gruhner macht deutlich, dass dieser Antrag dem Ausschuss nur zur Beratung vorliegt. Es geht darum, darüber zu reden ob es politisch im Landkreis gewollt ist und ob wir das befürworten wollen oder nicht. Woher sollen dazu die finanziellen Mittel kommen, welche finanziellen Spielräume sind vorhanden. Die regionalisierte Jugendarbeit hat dafür schon seit längerem einen Auftrag, aber ich habe meine Zweifel daran.

Herr Wippert macht deutlich, dass diese Zentren vom Jugendhilfeausschuss gemeinsam beschlossen wurden.

Herr Kalbe äußert, die Bedarfe für Schulsozialarbeiter liegen in den berufsbildenden Schulen.

Herr Hofmann erklärt, dass dieser Antrag im Bildungsausschuss vorberaten wurde. Er unterstreicht, dass Sozialarbeit sein muss. Die Träger der regionalen Jugendarbeit leisten schon sehr gute Schulsozialarbeit. Durch die regionalisierte Jugendarbeit gibt es schon diese Angebote. Wenn die Schulen Probleme haben, dann gehen auch die Schulsozialarbeiter an die anderen Schulen. Es gibt schon sehr viele Schulen, mit denen wir gut zusammenarbeiten, aber auch einige, die dieses Angebot nicht wollen.

Unser Vorschlag geht dahin, eine Konferenz einzuberufen gemeinsam mit Schulen, regionalisierter Jugendarbeit, der Verwaltung des Jugendamtes unter Beteiligung der Ausschüsse mit dem Thema: „Wie können wir uns diese Arbeit perspektivisch vorstellen“.

Herr Wippert äußert, dass beim Durchlesen dieser Vorlage, der Eindruck entsteht, dass das was bisher an Arbeit geleistet wurde, nicht mehr ausreicht. Eine Konferenz dazu wäre sicherlich dienlich. Reagieren muss man dann, wenn die Bedarfe vorliegen.

Herr Möller ist der Meinung, dass man aus der Diskussion erkennen kann, dass wir eine bessere Schulsozialarbeit benötigen. Keine Trennung von Bildung und Freizeit, die Vernetzung ist wichtig. Wir sollten Überlegungen anstellen, wie es uns gelingen kann, flächendeckend Schulsozialarbeit zu leisten. Beginnend schon in den Kitas über die Grundschulen zu den Schulen und Berufsschulen. Zu einer solchen Konferenz wäre es wichtig, Experten einzuladen, die schon Erfahrungen in einer guten Schulsozialarbeit vorweisen können.

Herr Wippert unterstreicht nochmals, dass was die Vereine bisher schon an den Schulen leisten, ist ja auch Schulsozialarbeit. Hier sind vor allem die Sportvereine sehr aktiv.

Herr Anders ist der Meinung, dass zu inhaltlichen Themen Übereinstimmung vorhanden ist. Wir sollten uns darüber einigen, was kann Schule leisten, was können die Schulsozialarbeiter einbringen. Die Träger, die diese Arbeit leisten, können gut einschätzen, was an den Schulen läuft. Es könnte darüber nachgedacht werden, dass diese Arbeit in die 2. und 3. Förderpriorität mit einbezogen werden könnte.

Herr Gruhner schlägt vor, den Antrag an den Kreistag zurück zu überweisen mit der Empfehlung, dass eine Konferenz vorbereitet wird gemeinsam mit den Trägern, den Schulen, dem Bildungsausschuss sowie dem Jugendhilfeausschuss.

Herr Gruhner macht deutlich, dass die Schulen mit dem bisher auf diesem Gebiet geleistet schon zufrieden sind. Man sollte aber schrittweise da anfangen, wo es zur Zeit die größten Probleme gibt.

Herr Gruhner schlägt vor, den Beschlusstext dahingehend zu ergänzen, dass gemeinsam mit dem Bildungsausschuss, dem Jugendhilfeausschuss, den Schulen sowie den Trägern eine Konferenz einberufen wird zur Umsetzung der Zielstellung im Jahr 2009.

Frau Kaufmann äußert, dass die Träger gern mehr leisten würden. Die Jugendarbeiter werden bei Diskrepanzen an den Berufsschulen herangezogen.

Herr Kalbe ist der Meinung, man sollte erst einmal klären, welche Ziele an den Schulen mit den Schulsozialarbeitern erreicht werden sollen.

Herr Wippert fasst die Diskussion zusammen und legt fest, dass dieser Antrag an den Kreistag zurücküberwiesen wird mit der Ergänzung, gemeinsam den Landrat zu beauftragen, eine Konferenz mit Schulen, Trägern, Bildungsausschuss und Jugendhilfeausschuss einzuberufen und zu klären ist, welche Bedarfe gibt es an den Schulen.

## **Zu TOP 8    Sonstiges**

Zu diesem TOP gibt es keine Anfragen.

Klaus Wippert beendet um  Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der 28. Sitzung des Jugendhilfeausschusses .

**Klaus Wippert**  
Ausschussvorsitzender

**Christine Wohlfarth**  
Schriftführerin